GLOBALE BILDUNGS-KAMPAGNE

GRUNDBILDUNG ALS SCHLÜSSEL FÜR ENTWICKLUNG

Positionspapier der **Globalen Bildungskampagne**

BILDUNGSKAMPAGNE.ORG

EMPFEHLUNGEN DER GLOBALEN BILDUNGSKAMPAGNE ZUR LEGISLATURPERIODE AB 2025

Die deutsche Entwicklungspolitik sollte:

- **Ansätze für transformative und inklusive Bildung fördern:** Zugänge zu Bildung für benachteiligte Gruppen schaffen, benachteiligende soziale Normen überwinden.
- **Klimaerziehung ausbauen:** Resilienz der Bildungssysteme stärken durch bessere Infrastruktur und barrierefreie digitale Lernformate für den Krisenfall sowie Curricula zu Klimawandel und Umwelt.
- **Digitale Transformation gestalten:** Die digitale Lücke (Kompetenz, Geräte, Elektrizität, Internetanbindung) zwischen einkommensschwachen Ländern und dem globalen Norden sowie zwischen Bevölkerungsgruppen schließen.

  Bildung in Krisen und Konflikten schützen: Kinder, die in Regionen leben, die von bewaffneten Konflikten und Kriegen betroffenen sind, brauchen besonderen Schutz und durchgehenden sicheren und barrierefreien Zugang zu Bildungsangeboten.
- **Finanzierung sichern:** Sich stärker politisch und finanziell in der multilateralen Zusammenarbeit über die Globale Bildungspartnerschaft (GPE) und Education Cannot Wait (ECW) engagieren, z.B. mit Blick auf die 2026 anstehende Wiederauffüllungskonferenz der GPE. Der Wirtschaftskraft und dem internationalen politischen Gewicht Deutschlands angemessen wäre ein Beitrag von 110 Millionen Euro/Jahr für die GPE und 50 Millionen Euro/Jahr für ECW.

In den vergangenen Jahren konnten auf internationaler Ebene Fortschritte erzielt werden, um den Zugang zu hochwertiger und kostenfreier Grundbildung für Kinder weltweit zu verbessern. Trotz anhaltender Herausforderungen und teils erheblicher regionaler Ungleichheiten lassen sich in bestimmten Bereichen positive Entwicklungen beobachten:

- Seit 2015 konnten 110 Millionen mehr Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene eine Schule besuchen.
- Die Abschlussquoten steigen ebenfalls: 40 Millionen mehr junge Menschen schließen heute die Sekundarschule ab als noch 2015.
- Im Bereich der Hochschulbildung ist die Bruttoeinschulungsquote seit 2010 von 30 Prozent auf 43 Prozent gestiegen – in Regionen wie Lateinamerika, der Karibik sowie Ost- und Südostasien sogar noch deutlich stärker. [1]

Deutschland hat als einer der größten Geber multilateraler Bildungspartnerschaften maßgeblich zu diesen Erfolgen beigetragen und eine zentrale Rolle im internationalen Bildungsengagement eingenommen. Diese Entwicklungen zeigen: Fortschritte sind möglich – wenn die internationale Gemeinschaft entschlossen zusammenarbeitet.Gleichzeitig macht ein Blick auf die aktuellen Zahlen deutlich, dass das Tempo der bisherigen Verbesserungen nicht ausreicht. Die bisherigen Fortschritte bleiben zu gering und verlaufen zu langsam, um das Ziel einer weltweiten, kostenfreien und hochwertigen Grundbildung bis zum Jahr 2030 zu erreichen.

- Noch immer gehen weltweit 251 Millionen Kinder und Jugendliche nicht zur Schule, was einem Rückgang von nur 1 Prozent seit 2015 entspricht; davon sind 129 Millionen Jungen und 122 Millionen Mädchen. [2]
- Weltweit verlassen 650 Millionen Menschen die Schule ohne einen Sekundarschulabschluss.

[1] Vgl. Global education monitoring report, 2024/5, Leadership in education: lead for learning
[2] Vgl. ebd.

- In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind rund 70 Prozent der Zehnjährigen nicht in der Lage, eine einfache, altersgerechte Geschichte zu lesen und zu verstehen. [3]

Diese doppelte Bildungskrise – mangelnder Zugang und unzureichende Bildungsqualität – darf nicht unbeachtet bleiben. Beide Aspekte sind grundlegende Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung und soziale Gerechtigkeit. Keines der anderen SDGs (Sustainable Development Goals) kann ohne die Berücksichtigung von Bildung (SDG 4) erreicht werden. Nur wenn Kinder fachliche Fähigkeiten und soziale Kompetenzen erlernen, ihre Rechte kennen und ihre Talente nutzen und ausbauen, können sie chancenreich aufwachsen und ihnen Perspektiven durch Ausbildung und Beschäftigung gesichert werden. Wenn der Leitsatz der 2030 Agenda, niemanden zurückzulassen (Leave no one behind) umgesetzt wird und strukturell benachteiligte Kinder ihre Chance erhalten, können Armut und Ungleichheiten reduziert und gesellschaftliche Teilhabe, Stabilität und sozialer Zusammenhalt für ein friedliches und inklusives Zusammenleben ermöglicht werden. Gerade für Mädchen ist der Zugang zu Bildung entscheidend, um ihre Entwicklung und Zukunftschancen zu fördern. Für viele benachteiligte Kinder ist Schule ein wichtiger Schutzraum. Gleichzeitig hat die Covid-Pandemie aufgezeigt, dass eine digitale Transformation von Bildungssystemen notwendig ist, um qualitative Bildung für jedes Kind zu gewährleisten – auch wenn Schulen geschlossen sind. Vor diesem Hintergrund muss die Bundesregierung in der neuen Legislaturperiode unbedingt die Weichen zur Erreichung von SDG 4 stellen. Nur wenn den globalen Herausforderungen begegnet wird und qualitative Bildung umfassend und prioritär im Entwicklungsministerium und im Auswärtigen Amt strategisch verankert ist, wird nachhaltige Entwicklung möglich sein. Bei der Verankerung von Bildung müssen folgende Prioritäten berücksichtigt werden:

1. GLEICHBERECHTIGTEN ZUGANG ZU BILDUNG ERMÖGLICHEN

Jedes fünfte Kind weltweit ist vom Zugang zu schulischer Bildung ausgeschlossen. Besonders gravierend ist der Mangel im frühkindlichen Bereich: 175 Millionen Kinder haben keinen Zugang zu vorschulischer Förderung – einem Schlüsselsektor insbesondere für benachteiligte Kinder wie z.B. mit einer. Behinderungen. Für sie eröffnet oft erst die frühe Identifikation und gezielte Förderung den Zugang zu Bildung. [4]

EMPFEHLUNGEN:

- Bildung muss als zentrale Priorität strategisch in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verankert werden.Grundbildung muss im Kontext eines lebenslangen Lernens verschiedene Phasen des Lernens berücksichtigen – einschließlich der frühkindlichen Bildung. [4]
- Der Zugang zu Bildung muss durch einen systemstärkenden, integrierten multisektoralen Ansatz gefördert werden. Die qualifizierte Ausbildung und regelmäßige Fortbildung von Lehrkräften als Schlüsselakteur*innen, auch im Hinblick auf neue Herausforderungen wie z.B. den Fernunterricht und die Nutzung digitaler Medien, aber auch die Anforderungen inklusiver Pädagogik, sowie ihre angemessene Bezahlung gehört dabei zu den Grundbausteinen eines starken Bildungssystems. Die multisektorale Zusammenarbeit vom Bildungssektor mit anderen Bereichen kann dazu beitragen, mehr Kindern einen Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Besonders soziale Sicherungssysteme können einen entscheidenden Beitrag zum Bildungszugang leisten. Gleichzeitig profitieren Kinder auch von Angeboten anderer Sektoren, die im Bildungskontext integriert werden, wie beispielsweise Schutzprogramme, Schulmahlzeiten, gute Wasser- und Sanitärversorgung etc.
- Die Globale Bildungspartnerschaft (GPE) muss als ein zentrales multilaterales Instrument zur partnerschaftlichen Förderung von Grundbildung ausreichend finanziert sein. Ein angemessener Beitrag Deutschlands für die GPE liegt nach unseren Berechnungen bei einem jährlichen Kernbeitrag von 110 Millionen Euro. [5]

[3] Vgl. World Bank Press Release No: 2022/074/EDU
[4] UNICEF (2019): UNICEF Education strategy 2019–2030
[5] Vgl. Globale Bildungskampange Fair Share: Deutschlands fairer Beitrag für die Globale Bildungspartnerschaft (GPE) für 2021-2025

- Innovative und alternative Bildungsangebote, wie sie im aktuellen BMZ-Positionspapier „Hochwertige Bildung für alle – Eine nachhaltige, gerechte und lebenswerte Zukunft sichern“ vorgestellt werden, müssen gezielt gefördert werden. Die Erweiterung bestehender Angebote um alternative, innovative und digitale Lernformate kann insbesondere Kindern den Zugang zu Bildung ermöglichen, die keine reguläre Schule besuchen können. Fernlernmöglichkeiten, andere digitale Angebote, non-formale und ergänzende Bildungsmöglichkeiten sind dabei zentrale Angebote.
- Die Entwicklung und Anwendung harmonisierter oder kompatibler Standards zur Sammlung, Analyse und Weitergabe disaggregierter Daten nach Alter, Geschlecht, Behinderung und anderen relevanten Vulnerabilitätsfaktoren durch Staaten und andere relevante Akteur*innen muss gefördert werden, um Herausforderungen adäquat zu adressieren.
- Der gleichberechtigte Zugang auch für am meisten benachteiligte Kinder – bspw. in humanitären Situationen und Fluchtkontexten – ist unter Punkt 3. ausgeführt.

2. QUALITATIVE BILDUNG FÖRDERN

Zwar haben viele Länder den Zugang zu Bildung deutlich verbessert – doch Schulbesuch allein garantiert noch kein Lernen. Weltweit nehmen die grundlegenden Kompetenzen in Lesen, Schreiben und Rechnen ab – ein Rückgang, der durch die Folgen der COVID-19-Pandemie noch beschleunigt wurde.[6] Die Bildungskrise ist somit auch eine Krise der Unterrichtsqualität.

EMPFEHLUNGEN:

- Das Erlernen von fachlichen Fähigkeiten und grundlegenden Kompetenzen muss priorisiert werden, damit Kinder ihre Potentiale entfalten können, sodass sie auf Erwartungen im Arbeitsmarkt vorbereitet sind und so Perspektiven für eine chancenreiche Zukunft entwickeln können.
- Es muss eine Infrastruktur und Lernumgebung gefördert werden, die das Lernen unterstützt. Schulen müssen umfassend mit Internetzugang, Curricula, Büchern und anderen Lernmaterialien ausgestattet sein. Auch der bereits erwähnte multisektorale Ansatz trägt dazu bei, Kindern eine Lernumgebung zu ermöglichen, die sich positiv auf ihre Möglichkeiten zu lernen auswirkt. Angebote anderer Sektoren, die im Bildungskontext integriert sind (Schutzprogramme, Schulmahlzeiten, Kinderschutz, Wasser- und Sanitärversorgung etc.) leisten einen wichtigen Beitrag für qualitatives Lernen.
- Eine Transformation des Bildungssystems muss vorangetrieben werden, indem digitale Voraussetzungen in Schulen geschaffen werden, digitale und innovative Angebote in Lernpläne integriert werden und Eltern, Lehrende und Kinder entsprechend auf digitale Lernformate vorbereitet sind.
- Die Herausforderung im Bereich Lehre und Lehrkräfte müssen adressiert werden. Dazu zählen eine qualitativ hochwertige Ausbildung (inkl. Pädagogik), bessere Arbeitsbedingungen von Lehrkräften, ihre angemessene Bezahlung sowie die Förderung von Arbeitsplätzen in ländlichen Regionen.
- Auch hier ist ein systemstärkender Ansatz zentral, um die Qualität von Bildungssystemen nachhaltig zu verbessern. Kapazitäten von Akteuren und Institutionen im Bildungsbereich müssen ausgebaut werden. Akteure von Bildungseinrichtungen müssen mit staatlichen und entsprechenden Stellen der Wirtschaft verknüpft werden, um eine Anschlussfähigkeit für das spätere Berufsleben sicherzustellen. Sowohl multilaterale Akteure und Fonds wie die GPE als auch zivilgesellschaftliche Akteure spielen eine wichtige Rolle bei der nachhaltigen Sicherstellung von Bildungsqualität.

[6] Vgl. Global education monitoring report, 2024/5, Leadership in education: lead for learning

3. INKLUSIVE BILDUNG FÜR BENACHTEILIGTE KINDER STÄRKEN

Die am stärksten benachteiligten Kinder – etwa Kinder mit Behinderungen, geflüchtete Kinder, Kinder in Krisenregionen, Angehörige ethnischer Minderheiten sowie Mädchen – profitieren bislang überproportional wenig von den erzielten Bildungsfortschritten. Fehlende Strukturen und Abhängigkeiten erschweren die Verwirklichung des Rechts auf Bildung – insbesondere, wenn mehrere Risikofaktoren wie bewaffnete Konflikte, die Folgen der Klimakrise und Diskriminierungsmerkmale wie Geschlecht, Behinderung, sozialer Status etc. zusammenkommen. Bildung kann einen entscheidenden Beitrag zum Abbau von Stigmatisierungen und Diskriminierung leisten. In Konfliktkontexten ist Bildung der Schlüssel zu Resilienz und Friedensaufbau. Kinder finden in Schulen, sofern diese nicht selbst zum Ziel von Angriffen werden, oft den einzigen sicheren Ort in einem von Chaos und Gewalt geprägten Umfeld.

EMPFEHLUNGEN:

- Bildungsprogramme müssen in ihrer Umsetzung und Finanzierung die am meisten Benachteiligten berücksichtigen und inklusiv gestaltet sein.
- Es muss in Maßnahmen und Ansätze zur besseren Inklusion benachteiligter Gruppen im Bildungsbereich investiert werden. Das schließt unter anderem sichere und barrierefrei zugängliche Schulgebäude und Transportwege, spezifische Fort- und Ausbildung von Lehrpersonal sowie Bereitstellung von angemessenen Vorkehrungen für Kinder mit Behinderungen ein. Gerade digitale und innovative Lernangebote können auch den Bildungszugang für benachteiligte Gruppen erleichtern.
- Die Förderung von informellen oder alternativen Bildungsangeboten (Aufholklassen, beschleunigte Lernprogramme, Zugang zu Schulklassen außerhalb der eigenen Altersklasse etc.) sowie die Anerkennung von informellen Lernresultaten sind wichtige Schritte, um Kindern aus benachteiligten Gruppen Zugang zum Lernen zu geben sowie Chancen und Berufsperspektiven zu eröffnen.
- Der Bildungszugang muss als lebensrettende Maßnahme anerkannt werden – auch im Kontext des Nexus von Humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Frieden. Das Recht auf Bildung von Kindern muss auch in humanitären Krisen, in (langandauernden) Konflikten und im Fluchtkontext verwirklicht werden. Es braucht eine engere Verzahnung von Humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit und größere (programmatische) Kohärenz zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Entwicklungsministerium.
- Der Bildungszugang muss auch finanziell ausreichend berücksichtigt werden: Als derzeit zweitgrößter humanitärer Geber sollte die Bundesregierung auch Bildung in der humanitären Hilfe ausreichend finanzieren, sowohl durch flexible als auch mehrjährige Zusagen. Das wichtigste Instrument ist in diesem Kontext Education Cannot Wait (ECW) als Fonds für Bildung in Krisenkontexten, der im Kontext humanitärer Hilfe schnell und effizient finanzielle Mittel für Bildung bereitstellt. Der deutsche Beitrag zu ECW sollte entsprechend eines gerechten Anteils weiterhin von Seiten der Bundesregierung mit 50 Mio. Euro verstetigt werden.
- Die Bundesregierung sollte verstärkt ihren Einfluss als große Geberin auf den Boards der multilateralen Bildungsmechanismen ECW und GPE nutzen, um Inklusion und Chancengleichheit in den Programmen und Monitoring-und Evaluierungssystemen dieser Mechanismen weiter zu stärken.
- Gerade für vulnerable Gruppen ist ein multisektoraler Ansatz in der Bildung wichtig, um Aspekte von Gesundheit inklusive sexueller und reproduktiver Gesundheit, psychosozialer Beratung und Begleitung, Rehabilitation, und anderer grundlegender Bereiche zusammenzuführen und den Bedarfen ganzheitlich zu begegnen.

4. BILDUNGSSYSTEME AN DIE KLIMAKRISE ANPASSEN

Der Klimawandel hat zunehmend gravierende Auswirkungen auf die Schulbildung weltweit: Im vergangenen Jahr konnten aufgrund extremer Wetterereignisse rund 242 Millionen Kinder in 85 Ländern nicht regelmäßig am Unterricht teilnehmen. Hitzewellen stellten dabei das größte Problem dar. Kinder sind besonders anfällig für die Folgen klimabedingter Krisen – darunter zunehmende und intensivere Hitzewellen, Stürme, Dürren und Überschwemmungen.

EMPFEHLUNGEN:

- Nationale Klimapläne sollten gezielt ausgebaut und gestärkt werden, um sicherzustellen, dass grundlegende soziale Dienste – insbesondere im Bereich der Kinderbetreuung und Bildung – besser gegen die Auswirkungen von Klima- und Naturkatastrophen geschützt sind. Dies bedeutet unter anderem, dass Schulen und Betreuungseinrichtungen so gestaltet und organisiert werden müssen, dass sie auch bei extremen Wetterereignissen funktionsfähig und physisch erreichbar bleiben und Kindern ein sicheres Umfeld bieten können.
- Es ist von zentraler Bedeutung, Investitionen in sogenannte klimaintelligente Lernumgebungen zu priorisieren. Dazu gehören beispielsweise Schulgebäude, die energieeffizient, nachhaltig und widerstandsfähig gegenüber klimabedingten Gefahren wie Überschwemmungen oder Hitzewellen sind. Gleichzeitig sollten auch digitale und pädagogische Konzepte entwickelt werden, um Bildung unter sich verändernden klimatischen Bedingungen zu gewährleisten.
- Die Bereitstellung finanzieller Mittel für eine klimaresiliente Bildung muss deutlich beschleunigt und verstärkt werden. Nur durch eine ausreichende und gezielte Finanzierung können notwendige Maßnahmen – wie die Sanierung von Schulgebäuden, die Entwicklung geeigneter Lehrmaterialien oder die Ausbildung von Fachkräften – effektiv umgesetzt werden. Dies erfordert sowohl nationale als auch internationale Anstrengungen und Kooperationen.
- Bildung zum Thema Klimawandel sollte systematisch und verpflichtend in die nationalen Lehrpläne integriert werden. Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig die nötigen Kenntnisse, Fähigkeiten und das Bewusstsein entwickeln, um die Herausforderungen des Klimawandels zu verstehen und aktiv an Lösungen mitwirken zu können. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei den indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften gewidmet werden. Sie, aber auch andere Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen, sind überproportional stark von den Folgen der Klimakrise betroffen. Darüber hinaus verfügen sie über ein tiefgehendes und umfassendes Wissen zu den Auswirkungen des Klimawandels und möglichen Anpassungsmaßnahmen, das in der Entwicklung von Maßnahmen und Lehrplaninhalten stärker berücksichtigt werden muss.

Herausgeber:

Globale Bildungskampagne, Juni 2025
www.bildungskampagne.org

Kontakt:

Globale Bildungskampagne c/o Kindernothilfe e.V.
Stresemannstraße 72
10963 Berlin

Kampagnenkoordinatorin

Barbara Fürst
barbara.fuerst@kindernothilfe.de
Telefon: +49 20 37789249

Sprecher*in

Sandra Dworack
(Referentin für Bildung bei Oxfam Deutschland)
E-Mail: sdworack@oxfam.de
Tel.: 030/45 30 69 631

Malte Pfau
(Advocacy Officer bei der Kindernothilfe)
E-Mail: malte.pfau@kindernothilfe.de
Tel.: 0203/7789-23

GLOBALE BILDUNGS-KAMPAGNE

Die Globale Bildungskampagne ist eine weltumspannende Bewegung von Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen ihr Recht auf eine gute, inklusive Bildung verwirklichen können.